
Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik

Befunde und Handlungsempfehlungen

Sara Schlote

schlote@wzb.eu

Studie im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Durchführungszeitraum: 12.11.2012-31.01.2013

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Abteilung Demokratie und Demokratisierung

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Situation in Baden-Württemberg	6
2.1	Gleichstellungsmaßnahmen in Baden-Württemberg	8
2.1.1	Maßnahmen des Landes	8
2.1.2	Maßnahmen des Landkreistags, Städtetags und Gemeindetags	8
2.1.3	Maßnahmen der Kreistage und Gemeinderäte	9
2.1.4	Maßnahmen der Parteien	9
2.1.5	Zusammenfassung	10
2.2	Ist-Stand der Gleichstellung auf lokaler Ebene in Baden-Württemberg	10
2.3	Kommunalwahl 2009	13
2.4	Die Kreistage	14
2.5	Die Gemeindevertretungen	20
2.6	Wählerschaft	24
2.7	Zusammenfassung	26
3	Handlungsempfehlungen	28
3.1	Gender Diversity Management	28
3.2	Parteien	29
3.2.1	Ansprache und Art der Mitarbeit	29
3.2.2	Sitzungskultur	30
3.2.3	Nominierungsprozess	31
3.3	Kommunale Parlamente	31
3.4	Landesregierung	32
3.5	Zusammenfassung der Handlungsanweisungen	34
4	Literatur	35

Executive Summary

Problemlage

- Baden-Württemberg ist das Bundesland mit dem niedrigsten Frauenanteil in einem Landesparlament und in den Kreistagen. Der durchschnittliche Frauenanteil in den Gemeindevertretungen Baden-Württembergs liegt im unteren Drittel des Deutschlandvergleichs.
- Auch bei anderen Indikatoren der Chancengleichheit liegt Baden-Württemberg eher auf den hinteren Plätzen. So ist der Anteil von erwerbstätigen Frauen mit einem hohen Bildungsabschluss geringer als in vielen anderen Bundesländern. Es sind aber genau diese Frauen, die in Deutschland kommunalpolitisch aktiv werden: in Beschäftigung und besser gebildet.

Analyse

- Es zeigt sich, dass in den Landkreisen, in denen eine geringe Chancengleichheit vorliegt, auch der Frauenanteil geringer ist.
- Jedoch muss daraus nicht geschlossen werden, dass der einzige Weg, um den Frauenanteil zu erhöhen, über die Erhöhung der Chancengleichheit ginge. Denn Parteien mit festen Quotensystemen erreichen auch in den Regionen einen hohen Frauenanteil, in denen es relativ wenige erwerbstätige und hoch gebildete Frauen gibt.

Empfehlungen

- Um Frauen in die Kommunalpolitik zu holen, muss der Blickwinkel von den Frauen als Individuen hin zu Strukturen und Akteuren gelenkt werden, die verändert und strategisch anders ausgerichtet werden müssen.
- Akteure sollten unter der Prämisse des *Gender Diversity Management* Aktionspläne erarbeiten, um Strukturen zu verändern. Dafür müssen die Akteure analysieren, wie sie ihren Frauenanteil insgesamt, sowie den Frauenanteil in Führungspositionen steigern wollen.

1 Einleitung

In allen deutschen Bundesländern sind Frauen in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert. Selbst in Berlin, dem Land mit dem höchsten Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik, liegt die Quote bei lediglich 40 Prozent. Alle anderen Bundesländer weisen mit etwa 30 Prozent noch niedrigere Frauenanteile auf. In starkem Widerspruch zu diesen Zahlen steht die Europäische Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, die verlangt, dass das Recht auf Gleichstellung nicht nur anerkannt sein, sondern auf alle Bereiche des Lebens angewendet werden muss (Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene 2006). Ein ausgewogenes Mitwirken von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen wird als Grundbedingung einer demokratischen Gesellschaft definiert. Statt die Verantwortung für die Gleichstellung Individuen zuzuweisen, sollten diejenigen Institutionen und Akteure in die Pflicht genommen werden, von denen erwartet werden kann, aktiv Gründe der Unterrepräsentation von Frauen zu identifizieren und gegen diese vorzugehen (Dahlerup 2006: 5). Die Frage dieser Studie ist demgemäß nicht, was Frauen anders machen müssen, um die gleichen Beteiligungschancen wie Männer zu erhalten. Vielmehr wird die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, wie Akteure und Institutionen sich verändern müssen, damit mehr Frauen partizipieren. Ein kurzer Blick auf die „typische“ Kommunalpolitikerin verdeutlicht, warum es nicht darum gehen kann, Verhaltensänderungen bei Frauen als Lösung des Problems anzusehen. Die aktuellste Studie zu Frauen in der Kommunalpolitik in Deutschland wurde 2010 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlicht (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010). Diese beinhaltet Befragungen von über 1000 Kommunalpolitikerinnen. Sie sind im Schnitt in ihrer zweiten Lebenshälfte, 71 Prozent der Befragten sind Mütter, allerdings sind 2/3 der Kinder bereits „aus dem Größten heraus.“ Die Hälfte der Kom-

munalpolitikerinnen besitzt einen akademischen Abschluss, zwei Drittel sind erwerbstätig, die Hälfte davon allerdings in Teilzeit (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010: 8). Ältere, gut gebildete Frauen sind somit in der Kommunalpolitik überrepräsentiert. Ein Blick auf die geographische Verteilung von Frauen mit den Merkmalen der „typischen“ Kommunalpolitikerin zeigt, dass diese Frauen eher in Städten und städtischen Region (Gender Index 2009).

Da es jedoch schwer vorstellbar ist, kurzfristig mehr Frauen in Situationen zu bringen, die momentan kommunalpolitisches Engagement ermöglichen, soll herausgearbeitet werden, wie Strukturen geschaffen werden können, in denen mehr Frauen aktiv werden, auch wenn sie nicht dem Modell der „typischen“ Kommunalpolitikerin entsprechen.

Dafür wird in dieser Studie zunächst kurz die Situation in Baden-Württemberg erläutert und auf die bisherigen Gleichstellungsmaßnahmen eingegangen. Der Hauptteil der Ursachenforschung wird sich dann auf die Unterschiede zwischen den Parteien, den Gemeinden und den Landkreisen bezüglich ihres Frauenanteils beziehen, wobei weitere Indikatoren der Gleichstellung betrachtet werden. Auf Grundlage der Ursachenforschung werden anschließend Handlungsempfehlungen erarbeitet, welche sich auf verschiedenen Akteure der Kommunalpolitik beziehen.

2 Situation in Baden-Württemberg

Abbildung 1 zeigt, dass Baden-Württemberg selbst im Vergleich zu Hessen, dem Land mit dem zweitniedrigsten Frauenanteil in den Parlamenten, immer noch einen Abstand von etwa sieben Prozentpunkten aufweist. Hinsichtlich der politischen Gleichberechtigung ist Baden-Württemberg somit, zumindest auf Landesebene, ganz eindeutig der Nachzügler (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg).

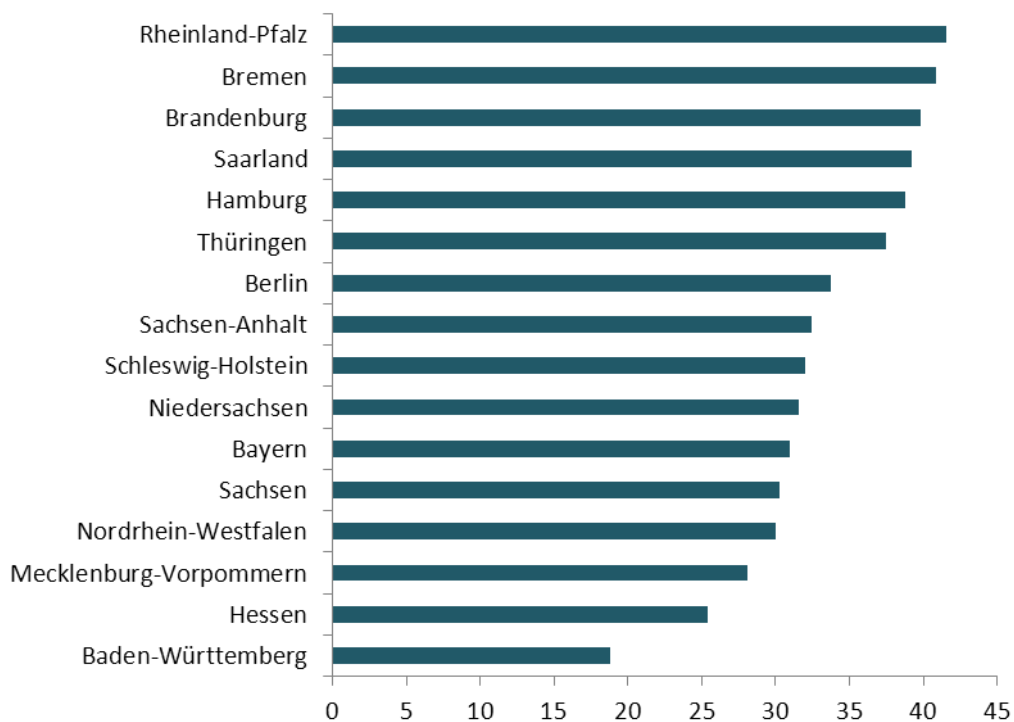


Abbildung 1: Frauenanteil in den Länderparlamenten

Quelle: (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg), eigene Darstellung

Dieser Befund bestätigt sich bei Betrachtung des Frauenanteils in den kommunalen Vertretungen. Abbildung 2 zeigt eine Deutschlandkarte, in der die Landkreise nach der Höhe des Frauenanteils in den politischen Vertretungen eingefärbt sind. Je dunkler der Rotton, desto höher ist der jeweilige Frauenanteil. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, welches weiße Flecken, und somit einen Frauenanteil von weniger als zehn Prozent in einigen Kreisparlamenten, aufweist. Baden-

Württemberg ist also nicht nur Schlusslicht bezogen auf den Stuttgarter Landtag, sondern auch Schlusslicht in der „kommunalen Fläche“. Da dieser Befund keineswegs neu ist, wurden bereits einige Maßnahmen seitens des Landes, der Landkreise, der Gemeinden und der Parteien durchgeführt, um den Frauenanteil in den Kommunalparlamenten zu erhöhen. Diese sollen im Folgenden vorgestellt und eingeordnet werden.

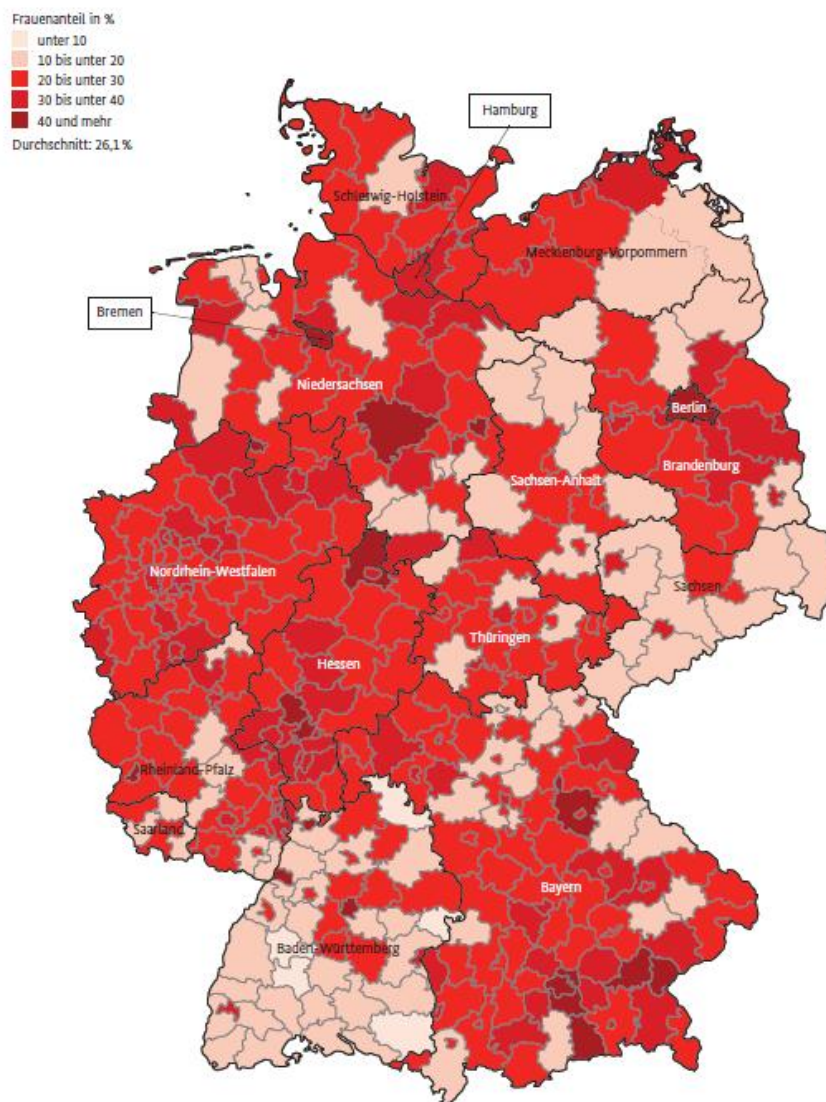


Abbildung 2: Frauenanteil in den Kreistagen in Deutschland

Quelle: (2. Atlas zur Gleichstellung in Deutschland 2013)

2.1 Gleichstellungsmaßnahmen in Baden-Württemberg

Es gibt keine systematischen Erhebungen dazu, welche Landkreise und Gemeinden zu welchen Zeitpunkten bestimmte Gleichstellungsmaßnahmen durchgeführt haben. Daher muss auf die Erläuterungen aus der Antwort des Innenministeriums auf die große Anfrage der SPD zurückgegriffen werden, die allerdings nur einen schlaglichtartigen Charakter hatte.

2.1.1 Maßnahmen des Landes

Landesweite Maßnahmen, um den Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen zu erhöhen, gab es in Form von Aufklärungsmaßnahmen¹, Mitmach-Kampagnen², und Aktionsbündnissen³. Des Weiteren gibt es regelmäßig stattfindende Landestreffen von Kommunalpolitikerinnen sowie Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen auf regionaler Ebene. Auch die Landeszentrale für politische Bildung bietet Informationsveranstaltungen und Fortbildungen für Frauen im Vorfeld der Wahlen an und erstellt Leitfäden und Broschüren. Außerdem entwickelte sie ein Mentoringprogramm für Neueinsteigerinnen in die Politik, welches seit 2004 durchgeführt wird (Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der SPD: Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg 2012: 13f.).

2.1.2 Maßnahmen des Landkreistags, Städtetags und Gemeindetags

Der Landkreistag hat keine eigenen Maßnahmen mit dem Ziel der Erhöhung des Frauenanteils eingeleitet. Der Gemeindetag gibt an, der Neutralität verpflichtet zu sein und daher keine Maßnahmen durchführen zu dürfen, die die

¹ Einige Sonderhefte der staatlichen Frauen- und Gleichstellungspolitischen Zeitschrift „FrauenAKTIV“ wurden dem Thema Frauen in der Kommunalpolitik gewidmet

² Im Jahr 2000 wurde seitens des Sozialministeriums die Kampagne „Frauen in die Kommunalpolitik“ durchgeführt. 2004 startete der Landesfrauenrat eine Kampagne für die stärkere Mitwirkung von Frauen, in deren Rahmen auch eine landesweit erhältliche Broschüre erstellt sowie ein Fachtag zum Thema durchgeführt wurde.

³ Im Jahr 2004 gründete die Frauenbeauftragte ein Aktionsbündnis, um den Frauenanteil in der Kommunalpolitik zu erhöhen

Zusammensetzung der Parlamente beeinflussen würden. Es werden aber häufig Fachreferent_innen des Gemeindetages zum Thema der Frauenförderung seitens der Gemeinden angefragt und entsendet. Der Städtetag gibt an, sich selbst keine normativen Ziele zu setzen, sondern die normativen Ziele des Bundes und des Landes umzusetzen. Es werden aber seitens des Städtetages diverse Fortbildungsmöglichkeiten für Frauen angeboten (Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der SPD: Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg 2012: 15f.).

2.1.3 Maßnahmen der Kreistage und Gemeinderäte

Es gibt auch hier keine vollständigen Abfragen und somit auch keine vollständigen Informationen darüber, in welchen Kreistagen und Gemeinderäten Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils durchgeführt wurden (Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der SPD: Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg 2012: 17f.). Alle gemeldeten Maßnahmen beziehen sich aber, wie die seitens des Landes durchgeführten Maßnahmen, auf Fortbildungsmaßnahmen für Frauen.

2.1.4 Maßnahmen der Parteien

Die CDU hat ein Frauenquorum. So müssen Frauen zu einem Drittel an öffentlichen Mandaten beteiligt sein. Die Frauen-Union führt ein Mentoring-Programm durch und zur nächsten Kommunalwahl sollen Frauen und Männer möglichst in gleicher Zahl aufgestellt werden (Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der SPD: Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg 2012: 20). Die Listen der Grünen sollen bei der nächsten Wahl paritätisch besetzt sein. Dafür soll das Reißverschlussverfahren eingeführt werden. Darüber hinaus werden Seminare exklusiv für Frauen angeboten. Die SPD hat seit 1988 eine verbindliche Quote von 40 Prozent für alle Funktionen und Mandate. Für 2012 wird bei der Aufstellung das Reißverschlussverfahren gelten. Es wurde ein Mentoringprogramm mit Handreichung, sowie ein spezielles Weiterbildungsangebot für Frauen entwickelt (Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der

SPD: Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg 2012: 21). Die FDP führt Schulungsprogramme für politikinteressierte Frauen durch und bietet Mentoringprogramme an. Eine Quote wird abgelehnt. Die Freien Wähler fordern lediglich dazu auf, Frauen aufzustellen (Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der SPD: Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg 2012: 22).

2.1.5 Zusammenfassung

Die Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils bezogen sich fast alle auf die Förderung der Frauen und implizieren damit, dass die Frauen zunächst Kompetenzen erringen müssen, um in der Kommunalpolitik mitzuwirken. Keine seitens des Innenministeriums aufgezählte Maßnahme folgte den Empfehlungen der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene 2006). Denn alle Maßnahmen konzentrieren sich lediglich auf das Individuum und nicht auf die Institutionen und wie diese verändert werden könnten, um den Frauenanteil zu erhöhen. Es wurden somit keine Strategien entwickelt, abgesehen von den festen Quotensystemen einiger Parteien, die sich darauf beziehen, dass die Institutionen sich in der Weise ändern, dass Frauen in ihrer Diversität partizipieren können.

2.2 *Ist-Stand der Gleichstellung auf lokaler Ebene in Baden-Württemberg*

Im Folgenden soll nun ein Blick darauf geworfen werden, wie sich die Parteien, die Landkreise und die Gemeinden untereinander bezüglich ihres Frauenanteils unterscheiden. Da keine systematischen Daten darüber vorliegen, welche Maßnahmen durch welche Gemeinden, Landkreise oder Parteien durchgeführt wurden, kann auch nicht direkt untersucht werden, wie wirksam diese sind. Freilich kann aber, die Quotensysteme der Parteien betreffend, untersucht werden, ob Parteien mit Quoten in einem stärkeren Maße zu einem hohen Frauenanteil beitragen als Parteien ohne Quoten. Darüber hin-

aus kann durch theoretische Annahmen über Frauen in der Kommunalpolitik indirekt auf die Wirksamkeit von Maßnahmen abseits von Quotensystemen geschlossen werden. Da wie bereits erwähnt, die Ergebnisse von Partizipationsstudien zeigen, dass es vor allem erwerbstätige, hoch gebildete Frauen sind, die sich nicht (mehr) um Kinder kümmern müssen, die sich kommunalpolitisch engagieren. Soll im Folgenden der Annahme nachgegangen werden, dass in den Landkreisen und Gemeinden in denen Parteien mit Quotenregelungen viele Stimmen erhalten haben, der Frauenanteil steigt. Und dass in den Landkreisen und Gemeinden, in denen viele Frauen erwerbstätig sind, einen hohen Bildungsstand haben und sich nicht (mehr) um Kinder kümmern, auch mehr Frauen in den Kommunalvertretungen zu finden sind. Frauen mit diesen Merkmalen sollen im Folgenden Frauen des Modells „typische“ Kommunalpolitikerinnen genannt werden. Bei denjenigen Gemeinden und Landkreisen, in denen der Frauenanteil hoch ist, in denen aber relativ wenige „typische“ Kommunalpolitikerinnen leben, könnte dies ein Hinweis auf die Wirksamkeit von Gleichstellungsmaßnahmen sein.

Um einen Überblick darüber zu bekommen, in welchen Landkreisen viele Frauen des Modells „typische“ Kommunalpolitikerin leben, kann der Gender-Index 2009 der Heinrich-Böll-Stiftung betrachtet werden. In diesen Index wird miteinbezogen, wie hoch der Anteil von Frauen mit guter Bildung ist, wie ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt, bei der Arbeitslosigkeit und in Führungspositionen ist und auch wie präsent sie in kommunalen Vertretungen sind.

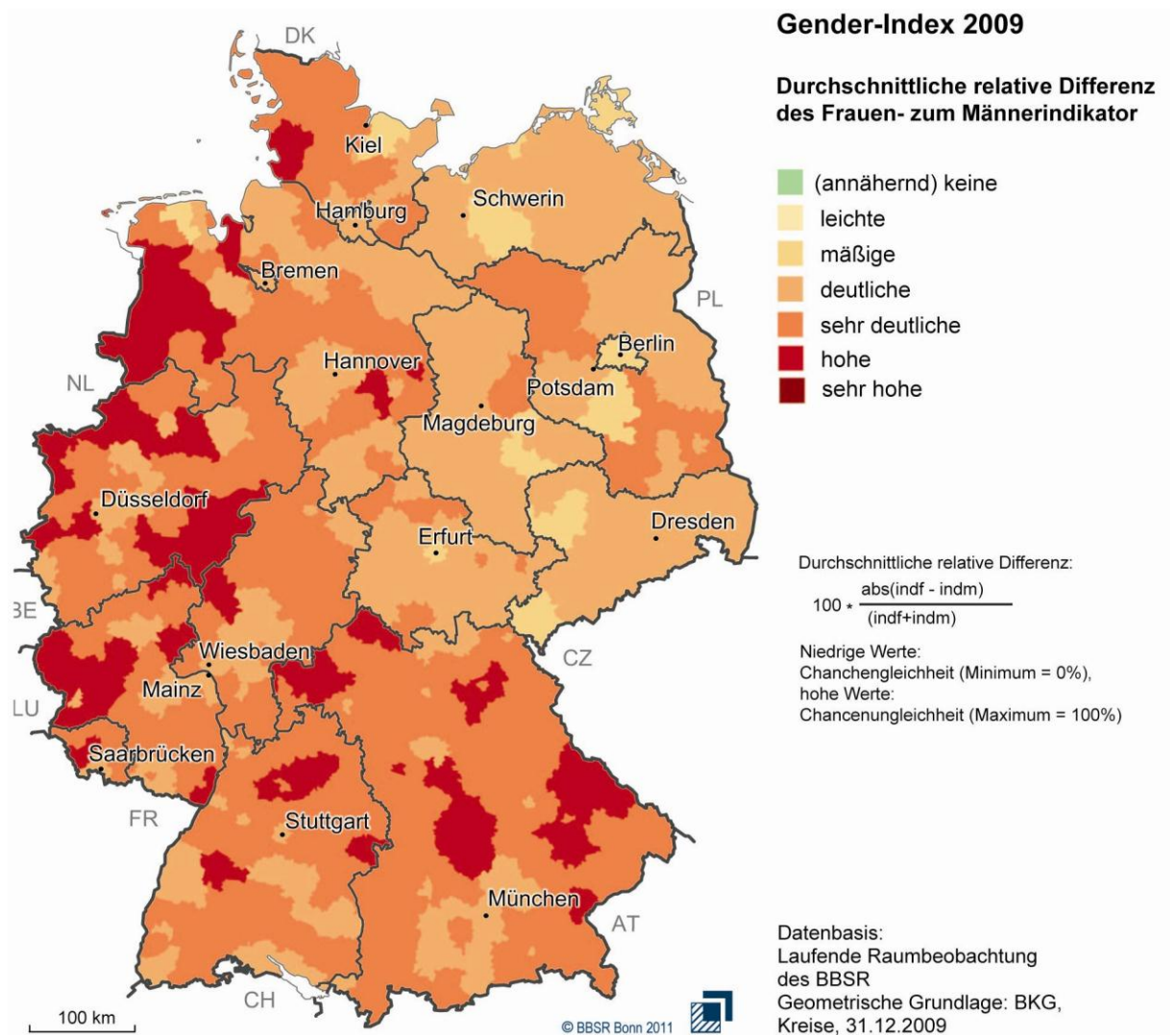


Abbildung 3: Höhe der Chancengleichheit in den Landkreisen in Deutschland

Quelle: (Gender Index 2009)

Die Abbildung 3 bildet diesen Gender Index ab. Hiernach muss Baden-Württemberg zu den Ländern mit geringer Chancengleichheit gezählt werden. In weiten Teilen werden „sehr deutliche“ oder sogar „hohe“ Differenzen zwischen Frauen und Männern ausgewiesen. Allerdings fällt Baden-Württemberg im Kreis der alten Bundesländer in dieser Beziehung nicht besonders auf, im Gegensatz zu dem im gesamten Deutschlandvergleich extrem niedrigen Frauenanteil im Landesparlament. Bevor nun genauer auf die Verteilung der Chancengleichheit innerhalb der Landkreise und den unter-

schiedlichen Frauenanteilen in den Kreistagen und Gemeinderäten eingegangen wird, soll ein Blick auf die Kommunalwahl 2009 geworfen werden.

2.3 Kommunalwahl 2009

Wahlen bestimmen letztendlich darüber, welche Personen in die Parlamente einziehen. Dieser Prozess verläuft in zwei Stufen: in einem ersten Schritt werden Kandidaten und Kandidatinnen nominiert und in einem zweiten Schritt werden aus diesen Personen durch die Wählerschaft Mandatsträgerinnen und –träger bestimmt. Daher soll zunächst beleuchtet werden, wie viele Frauen seitens der Parteien zu den Kommunalwahlen 2009 aufgestellt wurden und wie viele Frauen unter den Gewählten sind. Abbildung 4 gibt getrennt nach Parteien an, wie hoch der Frauenanteil unter den Kandidierenden zur Kommunalwahl 2009 für die Gemeinderäte und für die Kreistage war und wie hoch der Frauenanteil nach der Wahl in den entsprechenden Fraktionen in den Parlamenten ist. Wahlvereinigungen und kleinere Parteien sind nicht aufgeführt.

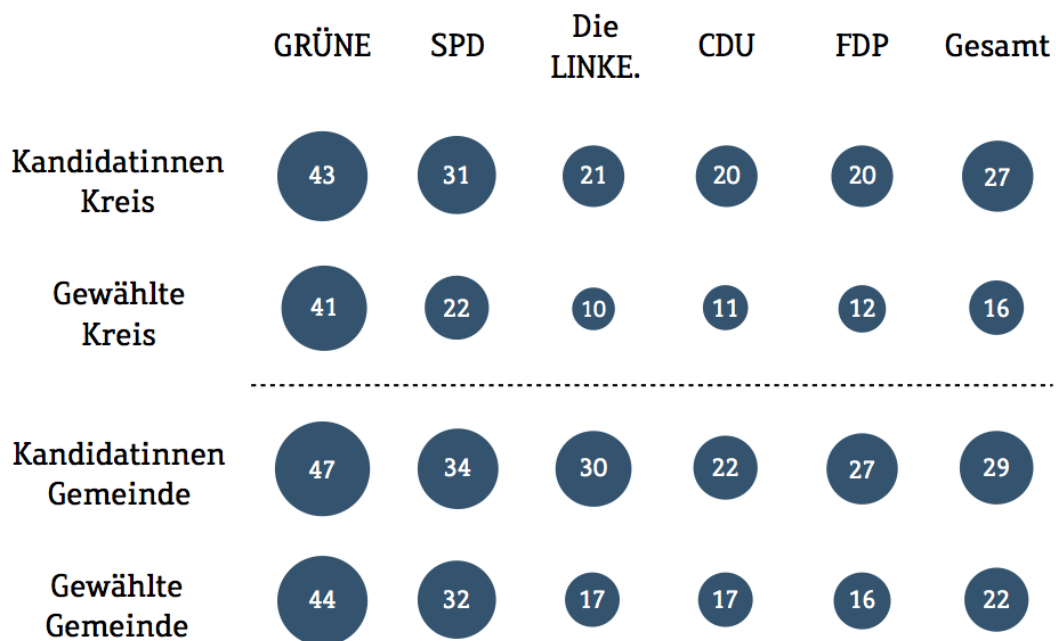


Abbildung 4: Frauenanteil unter den Kandidatinnen und den Gewählten nach Parteien für die Kommunalwahl 2009

Quelle: (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013), eigene Darstellung

Die Größe der grünen Kreise entspricht dem Frauenanteil. Zunächst ist zu erkennen, dass auf der Kreisebene und auf der Gemeindeebene sowohl unter den Kandidierenden als auch unter den Mandatsträger_innen der Frauenanteil nie höher als 30 Prozent ist. Somit ist in keinem Fall von einer Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen auszugehen. Es ist darüber hinaus zu erkennen, dass sowohl für die Kreistage als auch für die Gemeinderäte der Frauenanteil zwischen Kandidatinnen und Mandatsträgerinnen abnimmt. Für die Kreistage sinkt der Anteil um zehn Prozentpunkte, für die Gemeindeebene um sieben Punkte. In der Differenz von Kandidat_innen zu Mandatsträger_innen gibt es starke Parteienunterschiede. So ist zu erkennen, dass die Differenz zwischen aufgestelltem und gewähltem Frauenanteil für die SPD und die GRÜNEN am niedrigsten ist. Dies lässt darauf schließen, dass die Frauen ähnlich gut wie die Männer auf den Listen dieser Parteien platziert waren. Wohingegen bei der CDU, der FDP und bei der LINKEN die enorme Differenz mit einer schlechteren Listenplatzierung von Frauen erklärt werden könnte. Insgesamt sind es die Grünen und die SPD, die sowohl den höchsten Anteil von Frauen an Kandidat_innen als auch an Mandatsträger_innen für die beiden untersuchten Ebenen stellen. Die Betrachtung der Kommunalwahl 2009 auf Aggregatsebene zeigt: In den Parteien, in denen es quotierte Parteilisten gibt, ist auch der Frauenanteil an den tatsächlich Gewählten höher.

Wie auf der Deutschlandkarte der Abbildung 2 zu erkennen, ist der Frauenanteil in den Kreisparlamenten sehr unterschiedlich. Daher sollen im Folgenden die Landkreise nach ihrem Frauenanteil und weiteren Gleichstellungsindikatoren verglichen, sowie eine Betrachtung der Parteistimmen und des Frauenanteils auf Landkreisebene vorgenommen werden.

2.4 Die Kreistage

Abbildung 5 zeigt den Anteil der Frauen in den Kreisparlamenten. Je tiefer violett die Landkreise eingefärbt sind, desto höher ist der Anteil der Frauen in dem jeweiligen Parlament. Die weißen Flecken auf der Karte stellen die Städte dar und nicht etwa Landkreise ohne eine einzige Frau im Parlament.

Im Folgenden soll erläutert werden, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass in einigen Landkreisen der Frauenanteil höher ist als in anderen.

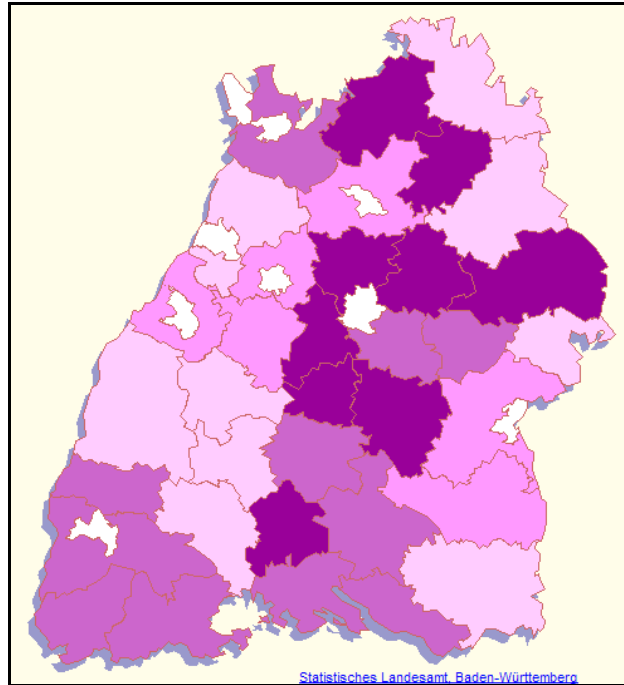


Abbildung 5: Frauenanteil in den Kreistagen in Baden-Württemberg

Quelle: (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013)

Im vorangegangenen Teil wurde aufgezeigt, dass die SPD und die Grünen, im Gegensatz zu der CDU und der FDP, sowohl einen hohen Frauenanteil unter den Kandidat_innen, als auch unter den Gewählten aufweisen. Übersichtsabbildung 4 legt nahe, dass in den Kreisen der Frauenanteil hoch ist, in denen die SPD und die Grünen viele Stimmen erhalten haben und dass der Frauenanteil niedriger ist, wenn die CDU und die FDP viele Stimmen erhalten haben. Abbildung 6 bildet diesen vermuteten Zusammenhang ab. Hier wurde der Prozentanteil der SPD und der GRÜNEN bei der Kommunalwahl 2009, sowie der Prozentanteil der CDU und der FDP addiert, daraufhin wurde der Stimmenanteil von CDU und FDP vom Stimmenanteil der SPD und der Grünen abgezogen. Hohe negative Werte auf der X-Achse bedeuten somit einen hohen Stimmenanteil für die CDU und die FDP, hohe positive Werte einen hohen Stimmenanteil für die SPD und die GRÜNEN. Auf der Y-Achse ist der Frauenanteil in den Kreisparlamenten in Prozent abgetragen. Die Punkte

symbolisieren die Landkreise. Darüber hinaus ist eine Linie in der Abbildung eingezeichnet, welche die Stärke des Zusammenhangs wiedergibt. Je steiler diese Linie und je mehr Punkte eng bei der Linie liegen, desto stärker der Zusammenhang.

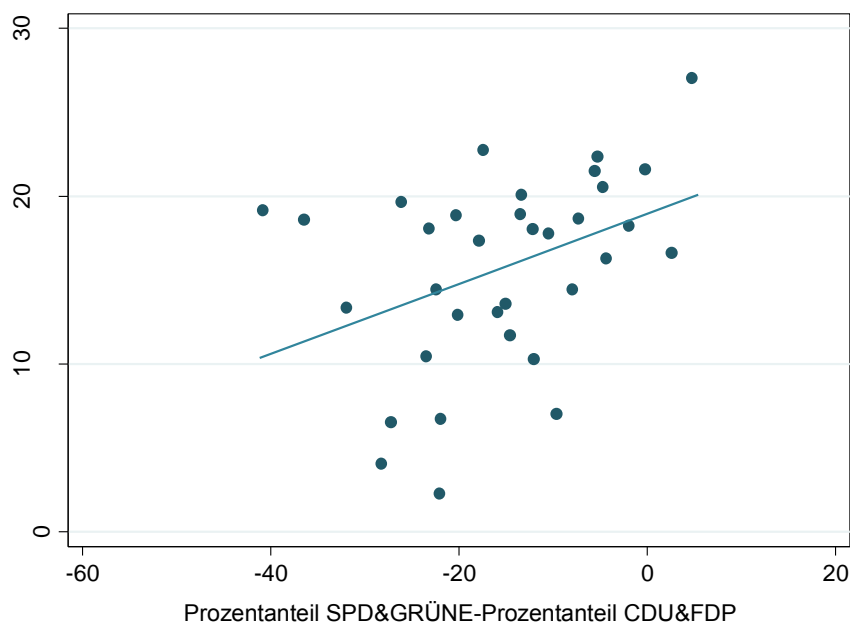


Abbildung 6: Zusammenhang Stimmenanteil der Parteien mit Quotensystem und Frauenanteil in den Kreisparlamenten Baden-Württembergs

Quelle: (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013), eigene Darstellung

In den Landkreisen, in denen die SPD und die Grünen viele Stimmen erlangten, ist der Frauenanteil tendenziell höher, sind CDU und FDP besonders stark, sinkt der Frauenanteil. Jedoch zeigt die relativ breite Verteilung der Punkte um die Linie, dass dieser Zusammenhang nicht sehr stark ist. Jedoch ist auf Grund des mäßigen Zusammenhangs zwischen Wahlergebnis und Frauenanteil davon auszugehen, dass es noch weitere Einflussfaktoren auf diesen gibt. Diese sollen im Folgenden beleuchtet werden.

Wie bereits aufgezeigt, gibt es das Modell der „typischen“ Kommunalpolitikerin. Frauen mit hohen Bildungsabschlüssen und einem sicheren Einkommen, die sich in der 2. Lebenshälfte befinden, so dass die Kinder aus dem „Größten“ heraus sind, sind überdurchschnittlich häufig in der Kommunalpolitik vertreten. Es muss daher untersucht werden, ob sich die Landkreise in Ba-

den-Württemberg in Betracht auf die Verteilung eben jener Merkmale für Frauen unterscheiden, und inwiefern dies Auswirkungen auf die Frauenquote in den Parlamenten hat. Ist der Frauenanteil hoch, obwohl nicht viele Frauen mit den eben genannten Merkmalen in dem entsprechenden Landkreis wohnen, ist dies ein Hinweis auf wirkenden Gleichstellungsmaßnahmen. Um diesen Vergleich anzustellen, wurden die entsprechenden Indikatoren des bereits angesprochenen Gender Indexes 2009 auf Landkreisebene mit dem Frauenanteil in den Kreisparlamenten in Verbindung gebracht.⁴ Abb. 7 zeigt das Ergebnis. Je größer der Wert auf der X-Achse desto mehr Frauen mit den Merkmalen des Modells „typische“ Kommunalpolitikerinnen leben in dem Landkreis. Auf der Y-Achse ist der Frauenanteil im jeweiligen Parlament abgetragen. Die Punkte stellen die Landkreise dar. Der Zusammenhang zwischen dem Anteil der Frauen des Modells „typische“ Kommunalpolitikerin und dem Frauenanteil im Parlament ist um einiges stärker, als der Zusammenhang zwischen Wahlergebnis und Frauenanteil. In den Landkreisen, in denen viele Frauen mit den Merkmalen „typische“ Kommunalpolitikerin leben, partizipieren auch mehr Frauen in den kommunalen Vertretungen. Es liegen zwar einige Punkte relativ weit von der Linie entfernt, trotz dessen kann für Baden-Württemberg gezeigt werden, dass es in der heutigen Situation vor allem Frauen sind, die erwerbstätig und hoch gebildet sind, und die sich nicht (mehr) um Kinder kümmern, welche sich kommunalpolitisch engagieren. Sind diese Frauen innerhalb eines Landkreises weniger vertreten, gibt es auch weniger Frauen in den Parlamenten.

⁴ Im Gender-Index 2009 sind alle Landkreise sowie Stuttgart, Heilbronn, Baden-Baden, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Pforzheim, Freiburg und Ulm enthalten.

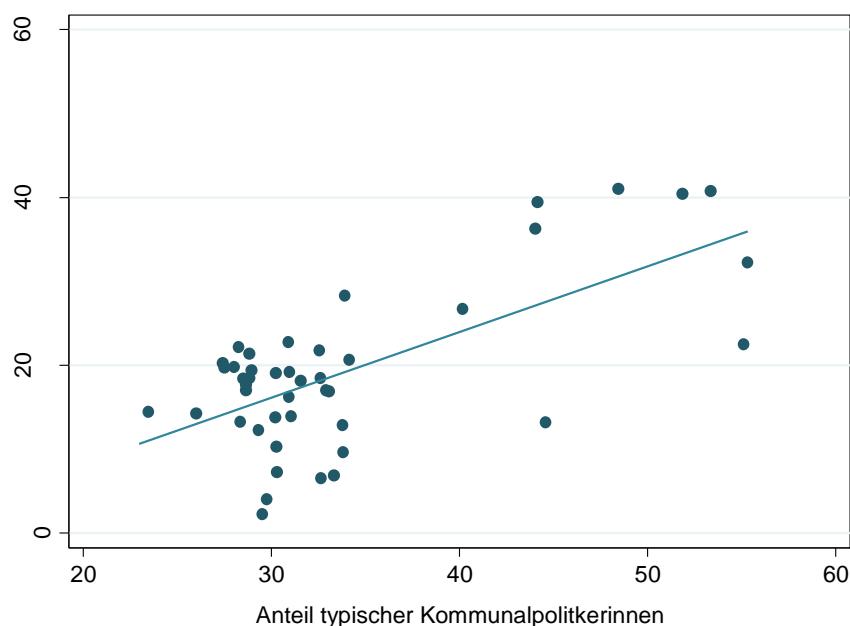


Abbildung 7: Zusammenhang Frauenanteil in den Kreisparlamenten und Anteil der Frauen mit den Merkmalen „typische“ Kommunalpolitikerin in den entsprechenden Landkreisen und größeren Städten

Quellen: (Gender Index 2009 ; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013), eigene Darstellung.

In den wenigsten Fällen werden Personen von Parteien für Kreistagsmandate nominiert, ohne zunächst ein Mandat auf der Ebene der Gemeinde ausgefüllt zu haben. Daher sollte der Frauenanteil in den Landkreisen höher sein, in deren Gemeindeparlamenten bereits ein hoher Frauenanteil besteht. Um dies zu überprüfen, wurde der Mittelwert des Frauenanteils in den Gemeinden eines Landkreises berechnet und mit dem Frauenanteil in dem entsprechenden Landkreis verglichen. Abb. 8 zeigt, dass diese Vermutung lediglich zum Teil zutrifft. In den Landkreisen, in denen im Schnitt der Frauenanteil in den Gemeinden höher ist, ist auch der Frauenanteil in den Landkreisen höher. Es gibt aber relativ viele Landkreise, welche relativ weit von der Linie entfernt liegen und auf welche der vermutete Zusammenhang somit nicht zutrifft. Die Landkreise, die unter der Linie liegen, haben viele Gemeinden mit einem relativ hohen Frauenanteil in ihrem Gebiet, weisen aber selbst keinen besonders hohen Frauenanteil auf. Ein hoher Frauenanteil in den Ge-

meinden ist aber auch lediglich eine Voraussetzung für einen hohen Frauenanteil in den Kreistagen. Ist also der Frauenanteil in den Landkreisen klein, in den Gemeinden aber höher, kann dies zum Beispiel daran liegen, dass Frauen nicht gleichwertig gefördert werden oder ein geringeres Interesse an Kreispolitik zeigen als Männer. Ist die Situation aber andersherum und es gibt einen verhältnismäßig niedrigen Frauenanteil in den Gemeinden des Landkreises, aber einen hohen in dem jeweiligen Kreisparlament, kann dies wiederum daran liegen, dass der Kreis zwar relativ ländlich geprägt ist, es aber eine große Stadt innerhalb des Kreises gibt, aus der dann die meisten Frauen für das Kreisparlament gewonnen werden. Denn wie unter anderem der 2. Atlas zur Gleichstellung gezeigt hat, leben Frauen des Modells „typische“ Kommunalpolitikerin eher in Städten und städtischen Regionen.

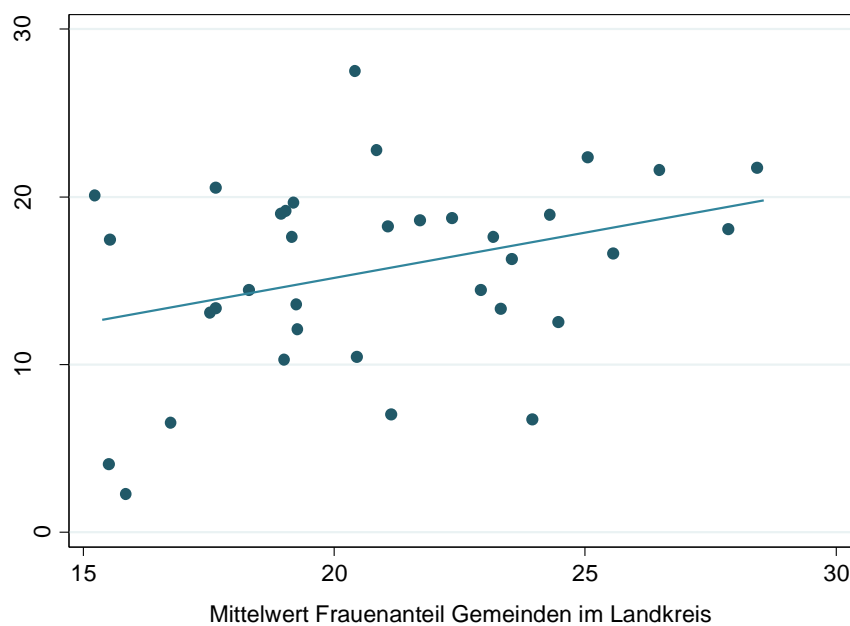


Abbildung 8: Zusammenhang Mittelwert des Frauenanteils in den Gemeinden und Frauenanteil in den entsprechenden Landkreisen

Quelle: (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013), eigene Darstellung

Im Folgenden soll erläutert werden, wodurch sich der unterschiedlich hohe Anteil in den Gemeindeparlamenten erklären lässt. Die Indikatoren zur Verteilung der Frauen des Modells „typische“ Kommunalpolitikerin liegen aller-

dings nur auf Landkreisebene vor und können daher nicht in die Betrachtung auf Gemeindeebene einfließen.

2.5 Die Gemeindevertretungen

Abbildung 9 zeigt den Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten Baden-Württembergs. Je tiefer blau die Karte eingefärbt ist, desto höher ist der Frauenanteil in den Parlamenten.

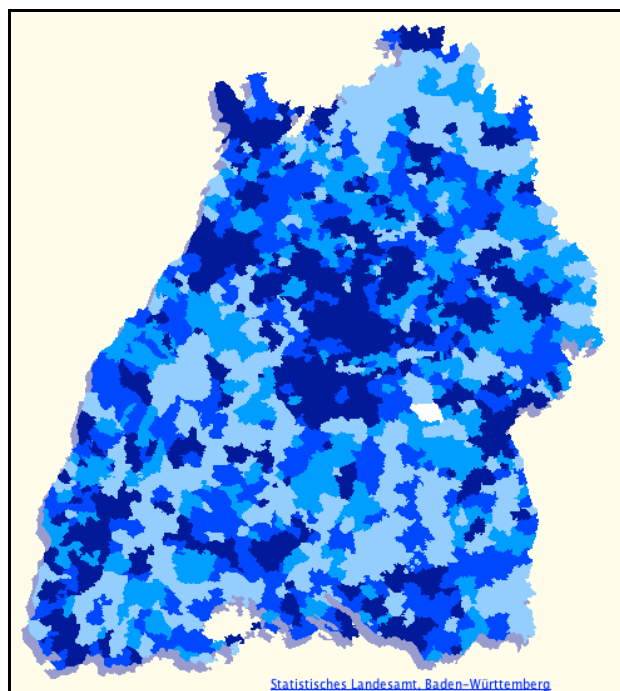


Abbildung 9: Frauenanteil in den Gemeinderäten

Quelle: (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013)

Für Baden-Württemberg lässt sich auf der Aggregatsebene auch für die Gemeindeparlamente zeigen, dass es bezüglich des Frauenanteils unter den Kandidatinnen und unter den gewählten Personen große Differenzen zwischen den Parteien gibt. Dies führt, wie schon auf der Landkreisebene, zu der Vermutung, dass der Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten größer sein sollte, in denen die Grünen und die SPD viele Mandate erringen konnten. Abb. 10 zeigt den Frauenanteil in den einzelnen Gemeinden in Verbindung mit den Prozentanteilen, die die Parteien bei den Kommunalwahlen 2009 erhalten haben. In dieser Abbildung wurde wie in Abb. 6 vorgegangen. Daher

gibt die X-Achse die Differenz des SPD/GRÜNEN-Anteils zum CDU/FDP-Anteil an, die Y-Achse gibt den Anteil der Frauen in den jeweiligen Gemeindeparlamenten an. Die in der Abbildung abgetragenen Punkte stellen die Gemeinden dar. Es kann tatsächlich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Stimmenanteil der SPD und der GRÜNEN, sowie dem Frauenanteil in den jeweiligen Gemeindeparlamenten festgestellt werden. Dort wo die SPD und die GRÜNEN viele Stimmen erhalten haben, steigt also der Frauenanteil in den Parlamenten. Für den Stimmenanteil der CDU und der FDP kann der gegenteilige Zusammenhang festgestellt werden. In den Gemeinden, in denen die CDU und die FDP viele Stimmen erhalten haben, ist der Frauenanteil in den jeweiligen Parlamenten geringer. Allerdings zeigt die Abbildung auch, dass dieser Zusammenhang relativ schwach ist. So gibt es viele Punkte, die nicht auf der Linie liegen und die Linie steigt nicht sehr stark an. Es ist daher zu vermuten, dass es noch mehr Einflussfaktoren als den Stimmenanteil der jeweiligen Parteien gibt, welche den Frauenanteil in den Gemeinden beeinflussen.

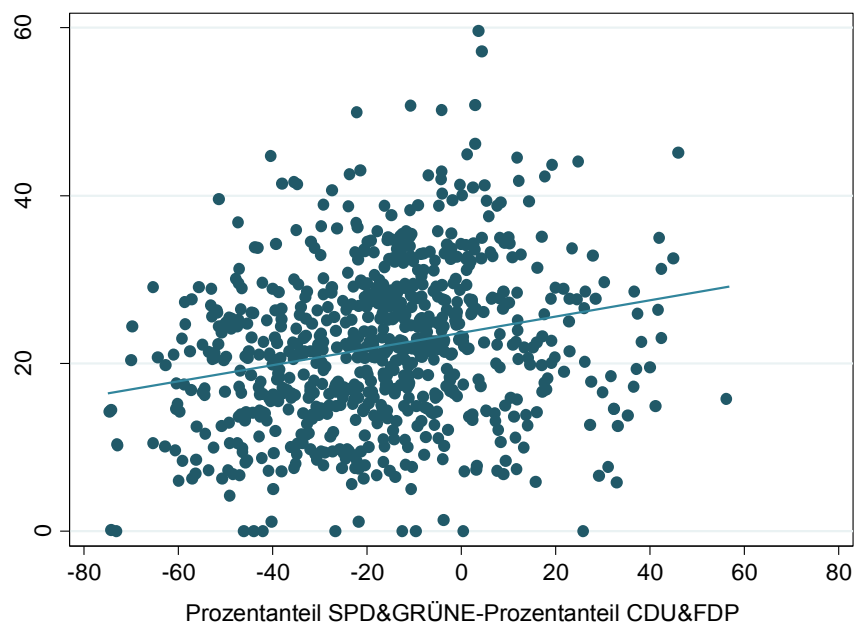


Abbildung 10: Zusammenhang Stimmenanteil Parteien mit Quotensystemen und Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten

Quelle: (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013)

Wie in den Betrachtungen zu den Landkreisen bereits festgestellt, kann ein hoher Frauenanteil in den Parlamenten häufig auch damit erklärt werden, dass die Frauen in diesen Landkreisen relativ häufig erwerbstätig sind, einen hohen Bildungsabschluss haben und sich nicht (mehr) um Kinder kümmern müssen. Den Ergebnissen des Gender Indexes 2009 folgend, ist zu vermuten, dass dies eher in größeren Städten der Fall ist, als in kleineren Gemeinden. In der Antwort auf die große Anfrage der SPD-Fraktion erfolgte auch eine Auswertung nach Einwohnerklassen (Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der SPD: Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg 2012: 5). In einer Tabelle wurde dort ein Zusammenhang zwischen Einwohnergröße und Frauenanteil in den Gemeinden festgestellt: Je mehr Einwohner in der Gemeinde leben desto höher der Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten. Jedoch wurde in dieser Tabelle nur der Mittelwert des Frauenanteils in den Parlamenten für die jeweiligen Gemeindegrößenklassen wiedergegeben. Abbildung 11 bietet eine etwas feinere Betrachtung des Frauenanteils nach Gemeindegrößenklasse. Die Punkte stellen die Gemeinden dar, auf der X-Achse sind die Gemeindegrößenklassen abgetragen, wie sie in der Anfrage erstellt wurden. Auf der Y-Achse ist der Frauenanteil in den jeweiligen Gemeinden abgetragen. Die schwarzen Punkte stellen die Mittelwerte des Frauenanteils der jeweiligen Gemeinde und somit die Zahlen, die in der großen Anfrage verwendet wurden, dar. Es ist zu erkennen, dass der Zusammenhang zwischen Gemeindegrößenklasse und Frauenanteil keineswegs so eindeutig ist, wie die Tabelle der Antwort auf die große Anfrage vermuten lässt. Denn es gibt relativ viele Punkte, und somit Gemeinden, die zwar in derselben Gemeindegrößenklasse, aber trotzdem relativ weit oberhalb oder unterhalb der Linie liegen. Die Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde ist daher kein besonders guter Indikator, um den Frauenanteil zu erklären. Gemeindegrößen zehn und elf stellen die vier Großstädte Baden-Württembergs – Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Freiburg – dar. An diesen ist zu erkennen, dass nur für die großen Städte der Zusammenhang eindeutig gilt.

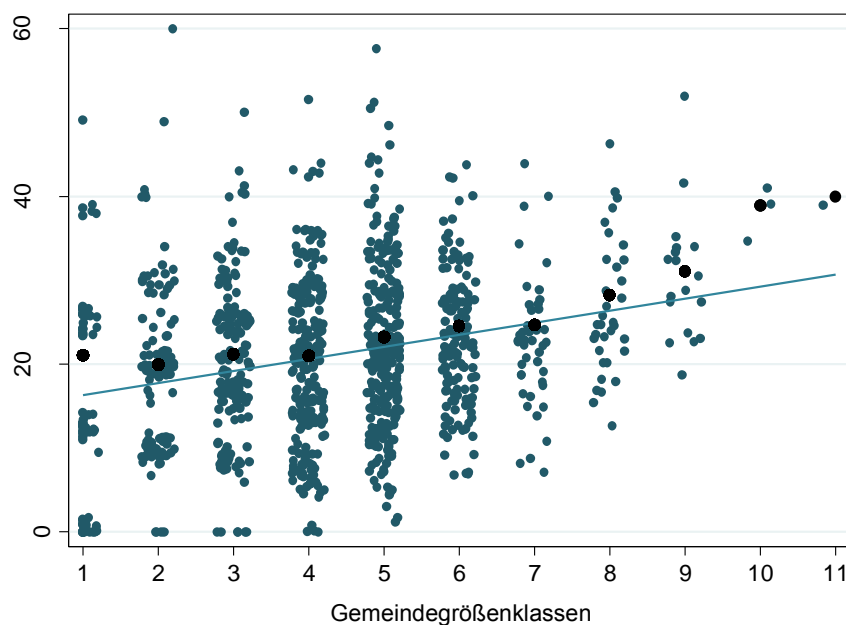


Abbildung 11: Zusammenhang Einwohnerzahl der Gemeinden und Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten

Quelle: (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013), eigene Darstellung

Die Gemeindegrößenklasse ist aber nicht die einzige Möglichkeit den Wohnraum der Bevölkerung zu beschreiben. Die Größe der Gemeinde sagt noch nichts darüber aus, in welchem Umfeld diese liegt. So kann eine Gemeinde zum Beispiel im Umfeld vieler anderer Gemeinden, also in einem dichten Siedlungsgebiet, liegen. Oder kleine Gemeinden können in der Nähe einer großen Stadt liegen. In solchen Wohnräumen sind, wie in großen Städten, vermehrt Frauen anzutreffen, die gleichberechtigt am Arbeitsleben teilnehmen, die somit mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auch in der Kommunalpolitik aktiv sind. Abbildung 12 zeigt den Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten, verglichen mit dem jeweiligen Wohnraum. Je tiefer der Blauton, desto höher der Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten. Das dunkle Rot markiert die Verdichtungsräume, das blasser Rot die Randgebiete dieser Räume, das dunkle Orange steht für Verdichtungsgebiete im ländlichen Raum, das helle Orange für ländlichen Raum im engeren Sinn. Die beiden Karten aneinander gelegt zeigen, dass es einen Zusammenhang zwischen dichter besiedeltem Raum und Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten

gibt. Je dichter besiedelt, desto höher der Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten.

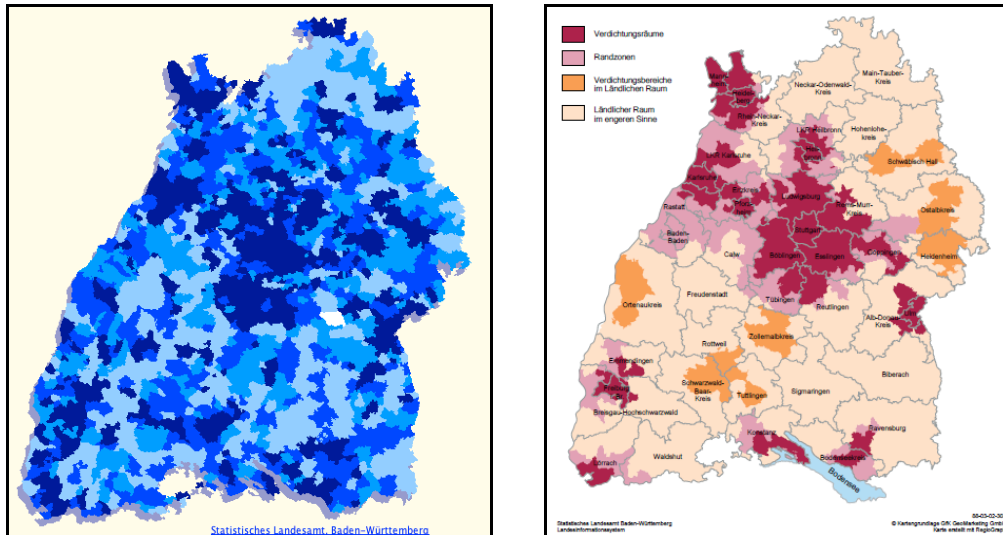


Abbildung 12: Zusammenhang Siedlungsdichte und Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten

Quelle: (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013)

2.6 Wählerschaft

Auch wenn es die Parteien sind die die Listen aufstellen, sind es am Ende die Wähler_innen, die über den Einzug von Personen in das Parlament bestimmen. Dies gilt vor Allem für das baden-württembergische System des Kumulierens und Panaschierens. Denn auch wenn die offenen Listen paritätisch besetzt wären, hätte die Wählerschaft noch die Möglichkeit Männer auf der Liste wieder vor Frauen zu wählen. Daher muss analysiert werden, ob Frauen rein auf Grund ihres Geschlechts schlechtere Wahlchancen haben. Leider werden für Baden-Württemberg keine Daten zentral erhoben, in wie weit Kumulieren und Panaschieren einen Einfluss auf die Wahlchance von Frauen hat. Daher muss im Folgenden auf allgemeine Ergebnisse zur Wahlwahrscheinlichkeit in offenen Listen zurückgegriffen werden.

Das Konzept der Gesellschaft, und damit einhergehend welche Eigenschaften jemand besitzen sollte, um die Gesellschaft zu repräsentieren, ist eng mit männlichen Attributen verbunden. Frauen wird eher die private und häusli-

che Rolle zugeschrieben. Darüber hinaus sind Frauen auch de facto im Bereich der bezahlten Arbeit unterrepräsentiert. Daher wird es Frauen seltener zugetraut Leitungsfunktionen in der Politik zu übernehmen. Denn sie bringen nicht die entsprechenden Fähigkeiten mit, die als wichtig erachtet werden (Bacchi 2006: 41). Die Frage, die folglich zu klären ist, ist ob sich dies in einer Präferenz seitens der Wählerschaft auf für Kandidierende mit eher männlichen Fähigkeiten und Lebensläufen für politische Stellungen niederschlägt. Dazu, ob Frauen in Systemen mit offenen Listen trotz Quoten weiter unterrepräsentiert sind, gibt es einige Forschungsergebnisse, die allerdings nicht eindeutig sind. Es gibt zwar Fälle, in denen offene Listen Frauen geschadet haben, es gibt aber auch genug Fälle, in denen offene Listen Frauen entweder geholfen oder zumindest nicht geschadet haben. Daher sollte die offene Listenwahl nicht automatisch als eine hohe Barriere für die Repräsentanz von Frauen angesehen werden (Matland 2006: 286). Zu möglichen Einstellungsmustern innerhalb der Bevölkerung, welche dazu führen, dass Frauen auf Grund ihres Geschlechts eine geringere Wahlwahrscheinlichkeit hätten, gewählt zu werden, zeigt Bieber, dass Frauen eher weiche Themenbereiche (Gesundheit, Soziale Sicherheit, Umweltschutz) zugeordnet werden, wohingegen Männer eher mit harten Themen (Wirtschaft, Terrorismus, Polizei und Strafverfolgung) verbunden werden (Bieber 2013, im Erscheinen: 10ff.). Bieber stellt darüber hinaus fest, dass Frauen als naiver, mitfühlender, glaubwürdiger, hilfsbereiter, unsicherer, gutgläubiger und phantasievoller eingeschätzt werden. Männer erhalten bessere Werte in Bezug auf ihre Risikobereitschaft und, ihrer Durchsetzungsfähigkeit und ihnen wird zugeschrieben vernünftigeren Vorstellungen zu der Frage zu haben, wie man die Wirtschaft anzukurbeln sollte. Allerdings kann Bieber nicht feststellen, dass sich die unterschiedlichen Fähigkeiten, mit denen Frauen verbunden werden, in einer geringeren Wahlwahrscheinlichkeit für diese übersetzen würden (Bieber 2013, im Erscheinen: 14).

2.7 Zusammenfassung

Es konnte gezeigt werden, dass Baden-Württemberg im Ländervergleich, betrachtet man die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen und vor allem den Anteil von Frauen in den kommunalpolitischen Parlamenten, eine Nachzüglerrolle einnimmt. Ein genauerer Blick in die Landkreise hat gezeigt, dass der Anteil der Frauen des Modells „typische“ Kommunalpolitikerin einen Einfluss darauf hat, ob mehr oder weniger Frauen kommunalpolitische Mandate übernehmen. So sind es vor allem die Landkreise, in denen viele Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, einen hohen Bildungsabschluss haben und sich nicht (mehr) um Kinder kümmern, die einen hohen Frauenanteil in den Kommunalparlamenten aufweisen. Somit sind auf Frauen als Kommunalpolitikerinnen ausgerichtete Fördermaßnahmen jedenfalls kein starker Einflussfaktor auf deren Anteil in den Kreisparlamenten. Denn Landkreise in denen schon eine gute Grundlage für einen hohen Frauenanteil haben, können diesen auch aufweisen. Landkreise mit vielen Frauen außerhalb des Modells „typische“ Kommunalpolitikerin konnten durch Fördermaßnahmen anscheinend keine weiteren Frauen gewinnen. Darüber hinaus beeinflussen Wahlergebnisse den Frauenanteil der kommunalen Parlamente. So konnte aufgezeigt werden, dass in den Gemeinden und Landkreisen in denen die SPD und die Grünen viele Stimmen gewonnen haben, der Frauenanteil höher ist. Mit Ausnahme des Wahlergebnisses gibt es für die Einflussfaktoren auf Gemeindeebene leider weniger Daten. So konnten die Indikatoren dafür ob viele Frauen des Modells „typische“ Kommunalpolitikerin in den Gemeinden leben nicht auf Gemeindeebene untersucht werden, da diese nicht vorliegen. Es ist allerdings auch nicht zu erwarten, dass hier ein anderer Zusammenhang als auf Kreisebene bestehen würde. Der Annahme folgend, dass Frauen mit den Merkmalen von „typischen“ Kommunalpolitikerinnen eher in städtischen Regionen leben, wurde der Frauenanteil nach der Größe der jeweiligen Gemeinde verglichen. Jedoch war der Zusammenhang schwächer als vermutet. Dies liegt vor allem daran, dass es nicht nur die Größe, sondern auch die Lage einer Gemeinde ist, die einen Einfluss auf den Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten hat. Denn der Anteil von

Frauen mit den Merkmalen der „typischen“ Kommunalpolitikerin ist in dicht besiedelten Räumen höher, als in schwach besiedelten.

Somit können zwei Faktoren herausgearbeitet werden, die für den unterschiedlichen Frauenanteil in den Kommunalparlamenten verantwortlich sind: der Anteil der Frauen, welche die für Kommunalpolitikerinnen typischen Merkmale aufweisen und das Wahlergebnis der Parteien. Gibt es in den betreffenden Regionen viele Frauen, die für Kommunalpolitikerinnen typische Merkmale aufweisen, dann sind auch mehr Frauen in den Kommunalparlamenten. Erhalten Parteien mit festen Quotenregelungen viele Stimmen, steigt der Frauenanteil in den Parlamenten und zwar unabhängig davon, ob in dieser Region insgesamt viele Frauen mit den eben beschriebenen Merkmalen leben. Dies bedeutet, dass es Strategien gibt, die durch Strukturveränderungen, einen höheren Frauenanteil in den Parlamenten erreichen, ohne den langen Weg der gesamtgesellschaftlichen Angleichung von Frauen und Männern zu gehen. Im Folgenden sollen solche Strategien als Handlungsempfehlungen beschrieben werden.

3 Handlungsempfehlungen

Zunächst hat die vorliegende Untersuchung gezeigt, dass es mehr Frauen in die Kommunalpolitik zieht, wenn die Chancengleichheit in der Region höher ist. Dies bedeutet, dass eine Förderung von Frauen in Bildung und im Beruf, sowie der Ausbau bedarfsgerechter Infrastruktur für die Kinderbetreuung und zur Pflege von Angehörigen zu einer Erhöhung des Frauenanteils in den Kommunalparlamenten führen. Jedoch sind diese Maßnahmen nicht kurzfristig umzusetzen, weshalb hier nicht näher auf diese eingegangen wird. Die Untersuchung hat ebenso gezeigt, dass auch in Regionen mit weniger Frauen des Modells „typische“ Kommunalpolitikerin ein hoher Frauenanteil zu erreichen ist. Denn die SPD und die GRÜNEN können einen hohen Anteil auf den Listen und unter den Gewählten nachweisen und das relativ unabhängig von der jeweiligen Region. Da verpflichtende Quotierungen auf Parteilisten als verfassungswidrig eingestuft wurden, sollen im Folgenden Handlungsempfehlungen gegeben werden, die auch ohne feste Quoten den Frauenanteil in den Kommunalparlamenten erhöhen können.

3.1 Gender Diversity Management

Unter Gender Diversity Management versteht man, dass die individuelle Vielfalt nicht nur toleriert, sondern dass diese als positive Wertschätzung hervorgehoben und für höhere Effektivität genutzt wird. Ziel dieses Ansatzes ist es somit, dass die Akteure analysieren, welche strategischen Vorteile damit verbunden sind Frauen zur Mitarbeit zu motivieren. Es gilt, Institutionen und Organisationen so umzustrukturieren, dass allen Personen Teilhabe gleichermaßen möglich ist und alle etwas beitragen können. Als erster Schritt ist es daher sinnvoll, dass alle für die Kommunalpolitik relevanten Akteure Aktionspläne erstellen, in denen herausgearbeitet wird, wie sie eine Gender Diversity Strategie umsetzen wollen. Diese sollten die Ansprache, Motivation und Gewinnung von weiblichen Mitgliedern zum Ziel haben. Denn

zunächst einmal müssen ausreichend Frauen in den Vereinen und Parteien aktiv sein, um Listen entsprechend besetzen zu können. Der Aktionsplan sollte Maßnahmen zur Öffnung der Strukturen beinhalten. Er sollte von einer Instanz, z.B. der Gleichstellungsbeauftragten, bestätigt und dessen Umsetzung nach einer festgelegten Zeit kontrolliert und evaluiert werden.

3.2 Parteien

Für den Großteil der Gemeinden nehmen die Parteien die zentrale Schlüssel-funktion ein. Denn sie erstellen die Listen und haben damit die Möglichkeit mehr oder weniger Frauen aufzustellen. Es gibt verschiedene Phasen in denen die Parteien ihr Verhalten ändern sollten, wenn sie mehr Frauen gewinnen wollen. Für folgende Phasen sollen Veränderungsmöglichkeiten beschrieben werden: Ansprache neuer Mitglieder und Art der Mitarbeit, Sitzungskultur, Nominierungsprozess.

3.2.1 Ansprache und Art der Mitarbeit

In der Studie „Engagiert vor Ort“ wurden die Kommunalpolitikerinnen auch nach ihrem Weg in die Politik und nach Problemen in der Politik gefragt (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010). In der Regel wurden Kommunalpolitikerinnen ursprünglich von außen angesprochen, ob sie in der Kommunalpolitik mitwirken möchten. So geben zwei Drittel der Befragten Frauen an, dass sie für ein politisches Mandat geworben wurden. 60 Prozent wurden aus der Politik heraus ermuntert zu kandidieren, nur wenige waren zum Zeitpunkt der Ansprache schon Parteimitglied (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010: 46). Des Weiteren hat die Studie „Engagiert vor Ort“ aufgezeigt, dass Frauen häufig der Überzeugung sind, Kommunalpolitik sei zu weit weg von ihrer Realität, zu trocken und zu kompliziert (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010: 139). Wichtig ist daher, dass Parteien eine Sprache entwickeln, die vermittelt, dass Mitmachen einfach und niedrigschwellig möglich ist. Zunächst auf eine begrenzte Zeitspanne angelegte Möglichkeiten der Mitarbeit

könnten Frauen darüber hinaus motivieren in der Kommunalpolitik aktiv zu werden. So ist es denkbar Frauen anzusprechen, ob sie nicht als Expertin für eine anstehende kommunalpolitische Entscheidung wirken wollen.

Zur Förderung der Frauen in den Vereinen und damit die Parteien die aktiven Frauen kennenlernen, wäre es darüber hinaus denkbar, dass Parteien Vereine nur noch zu Gesprächen einladen, wenn mindestens eine Frau unter den Referierenden ist.

3.2.2 Sitzungskultur

In der Studie „Engagiert vor Ort“ kritisieren zehn Prozent der Befragten an der Organisation der Sitzungen, dass die Termine nicht mit allen abgesprochen und nicht in für alle mögliche Zeiten gelegt werden (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010: 72). Aus den Befragungen geht zudem hervor, dass nach wie vor männlich geprägte Strukturen und informelle Spielregeln Frauen daran hindern an der Politik teilzuhaben. Sogar in Parteien vorhandene Quoten werden in der Kommunalpolitik unterlaufen. Diese politische Kultur und männlich geprägten Strukturen werden von der Hälfte der Befragten Politikerinnen als Hindernis für ein politisches Engagement angegeben (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010: 10). Daher sollten die Strukturen der Sitzungen transparent, die investierte Zeit effektiv eingesetzt und der Umfang vorhersehbar sein. Besonders wichtig ist eine effizientere Gestaltung der kommunalpolitischen Tätigkeit, z. B. durch den Einsatz von Informationstechnologien für die Sitzungsvorbereitung und -nachbereitung, durch die Anwendung von Moderationstechniken für die Durchführung von Sitzungen und durch die Verschlinkung und Entbürokratisierung von Verfahrensweisen (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010: 130). Begleitend sollte eine bessere Planbarkeit der kommunalpolitischen Tätigkeit, z. B. durch Abstimmung und verbindliche Einhaltung der Sitzungstermine und -zeiten eingeführt werden (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010: 137).

3.2.3 Nominierungsprozess

Steht der Nominierungsprozesse an, ist es entscheidend diesen transparent zu gestalten. Dafür sollte im Vorfeld betont werden, dass ein kommunalpolitisches Engagement keine komplizierte Sache ist, und dass jede Frau mit ihren Fähigkeiten und ihrem Wissen etwas Wichtiges beitragen kann. In dieser Phase sollte genau vorgestellt werden, welche Ausschüsse es gibt und wie kommunalpolitischen Institutionen funktionieren. Entscheidend ist, dass alle zu jedem Zeitpunkt wissen, wie kandidiert wird und wer über die Nominierung entscheidet. Bevor es zu einer Aussprache über Nominierungen kommt, könnte beispielsweise eine stille Diskussion beginnen. In dieser können die Mitglieder auf einen Zettel die Namen derjenigen Personen schreiben, von denen sie sich eine Kandidatur vorstellen könnten, worunter natürlich auch der eigene Name sein kann. Dies bewirkt, dass Frauen nicht abgeschreckt werden, weil sich schon so viele andere Personen gemeldet haben. Darüber hinaus verhindert es das Suchen eines aktiven Fürsprechers, der sich vor Allen für die Kandidatur einer bestimmten Person aussprechen muss.

3.3 *Kommunale Parlamente*

Neben den Parteien sollten auch die Parlamente ihre Strukturen ändern, damit Frauen nicht abgeschreckt, sondern ermutigt werden, ein Mandat zu ergreifen. Zunächst gilt für parlamentarische Sitzungen natürlich das Gleiche, wie für die innerparteilichen Sitzungen: stereotype Verhaltensformen sollten erkannt und eingeschränkt werden, Sitzungen effektiv geplant und transparent gestaltet werden. Darüber hinaus sollte die Kinderbetreuung während kommunalpolitischer Termine ermöglicht werden (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010: 138). Des Weiteren wäre eine Elternzeit für Mandatsträger_innen denkbar. Diese würde das Aussetzen eines Mandats für eine bestimmte Zeit bedeuten, in der die Person aber vertreten werden kann und der Partei somit keine wichtige Stimme verloren geht.

Eine Form die Parteien zu motivieren mehr Frauen aufzustellen, stellt die Quotierung von Ausschüssen dar. So könnte verankert werden, dass Parteien

mindestens 2 Vertreter_innen entsenden, die geschlechterparitätisch besetzt sein müssen. Kann nur ein Mann entsendet werden, bleibt ein Sitz im Ausschuss unbesetzt (Empfehlungen des Rates 1996: Teil II: Demokratische Verantwortung, Art. 2: Politische Vertretung).

3.4 Landesregierung

Für die Erhöhung des Frauenanteils in den kommunalen Parlamenten Baden-Württembergs sind mit Sicherheit die Parteien die entscheidenden Akteure. Sie sind aber nicht die einzigen. Denn viele Personen, die kommunalpolitisch engagiert sind, waren vor ihrem Mandat ehrenamtlich in Vereinen tätig. Frauen sind aber auch in der Vereinsarbeit sowohl insgesamt als auch innerhalb der Führungspositionen unterrepräsentiert (Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt 2006). Dadurch ist es schwieriger für Parteien, Frauen für die Kommunalpolitik zu erreichen (Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik 2009). Für Baden-Württemberg sind die Vereine noch aus einem weiteren Grund von Bedeutung: Da es in den kleineren Gemeinden keine Parteilisten gibt, kann davon ausgegangen werden, dass die Kandidierenden zu den Gemeinderatswahlen ausschließlich aus der ehrenamtlichen Vereinsarbeit kommen. Daher soll auch für Vereine herausgearbeitet werden, wie eine Erhöhung des Frauenanteils für diese zu erreichen ist. Das Land Baden-Württemberg sollte Seminare und Workshops zu Diversity Management kostenlos für Vereine und Verbände anbieten. Denkbar ist, dass Vereine und Verbände zusätzlich durch Wettbewerbe seitens des Landes Baden-Württemberg motiviert werden, welches Preise für die beste Kampagne, oder für den größten Anstieg der Frauen in Führungspositionen ausloben. Denkbar sind aber auch härtere Wege der Einflussnahme. So könnten Sondermittel des Landes nur noch an solche Vereine und Verbände vergeben werden, die ein Mindestquorum an Frauen aufweisen.

Um den Frauenanteil von Frauen in den Parlamenten zu erhöhen sollte auch ein Bewusstsein unter der Bevölkerung geschaffen werden, dass es wichtig ist eine ausgeglichene Repräsentanz von Frauen in Kommunalparlament zu

erreichen. Daher sollten seitens der Landesregierung Werbekampagnen konzipiert werden, mit denen die Öffentlichkeit auf die Vorteile von Frauenbeteiligung in Entscheidungsprozessen aufmerksam gemacht werden (Bericht der Kommission 2000: 27). So kann seitens der Wählerschaft eine größere Nachfrage nach Frauen auf Parteilisten entstehen, wodurch wiederum Druck auf die Parteien ausgeübt wird, Frauen auch aufzustellen. Denkbar wäre auch eine Kampagne, die die Errungenschaften und Leistungen von Kommunalpolitikerinnen in den Mittelpunkt stellt. So könnte etwa jeden Monat eine Kommunalpolitikerin prominent vorgestellt werden. Und damit das Bewusstsein unter der Bevölkerung geschaffen werden, dass Frauen in der Politik wichtig sind.

Darüber hinaus sollte die Landesregierung beginnen Daten über die durchgeführten Gleichstellungsmaßnahmen konsequent zu erheben und zu evaluieren. Denn bis zum heutigen Zeitpunkt ist es schwierig für Baden-Württemberg sicher festzustellen, welches die Ursachen für den geringen Frauenanteil in den Parlamenten sind und welche Maßnahmen erfolgreich diese Ursachen bekämpfen können. Die Europäische Kommission empfiehlt jedoch ausdrücklich die regelmäßige Überprüfung der Umsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils sowie von Aktionsplänen, die seitens der Vereine, Parteien und Parlamente aufgestellt wurden. Diese Überprüfung sollte anhand von zuvor festgelegten Indikatoren und durch die Erhebung vergleichbarer Daten erfolgen (Entschließung des Europäischen Parlaments 2012: 26. Forderung). Es sollte darüber hinaus eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Auswirkungen von Kumulieren und Panaschieren auf die Wahl von Frauen durchgeführt werden (Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen 2010: 142). Erst wenn diese Untersuchungen durchgeführt wurden, kann eine Aussage darüber getroffen werden, ob und in welchem Umfang die bis heute und zukünftig seitens der Landesregierung durchgeführten Maßnahmen weitergeführt werden sollten.

3.5 Zusammenfassung der Handlungsanweisungen

Gender Diversity:

- Potentiale von Frauen erkennen und nutzen
- Aktionsplan zur Strukturöffnung erstellen
- Aktionsplan evaluieren

Für Parteien:

- Niedrigschwellige Formen der Mitarbeit anbieten
- Frauen als externe Expertinnen ansprechen
- Vereine nur noch quotiert einladen
- Sitzungsleitung verbessern
- Effektives Zeitmanagement der Sitzungen
- Nominierungsprozess offen und transparent gestalten

Für Kommunale Parlamente:

- Sitzungsleitung verbessern
- Effektives Zeitmanagement der Sitzungen
- Ermöglichung der Kinderbetreuung zu Sitzungszeiten
- Elternzeit für Mandatsträgerinnen
- Quotierung der Ausschüsse

Landesregierung:

- Diversity Management fördern
- Diversity Management fordern
- Diversity Management evaluieren
- Vereine einbeziehen
- Erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen prominent vorstellen

4 Literatur

Empfehlungen des Rates vom 02. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess, 1996

Bacchi, C. (2006). Arguing for and against quotas. Women, Politics and Quotas. Drude Dahlerup. New York, Routledge.

Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss. Über die Umsetzung der Empfehlung 96/694 des Rates vom 02. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess, 2000

Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der SPD: Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg, 2012

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2012 über Frauen in politischen Entscheidungsprozessen - Qualität und Gleichstellung 2012

2. Atlas zur Gleichstellung in Deutschland (2013). Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dahlerup, D. (2006). Introduction. Women, Politics and Quotas. Drude Dahlerup. New York, Routledge.

Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen (2010). Berlin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ute Kletzing and Helga Lukoschat.

Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (2006).

Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, F. u. b. E. (2006). Berlin, Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Thomas Gensicke, Sibylle Picot and Sabine Geiss.

Gender Index 2009, Heinrich-Böll-Stiftung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2013).

Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik (2009). Lars Holtkamp, Elke Wiechmann, Sonja Schnittke. Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung

Matland, R. E. (2006). Frequency and effectiveness of quotas. Women, Politics and Quotas. Drude Dahlerup. New York, Routledge.